

Übereinkommen Nr. 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes

Abgeschlossen in San Francisco am 9. Juli 1948

Von der Bundesversammlung genehmigt am 26. November 1974²

Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 25. März 1975

In Kraft getreten für die Schweiz am 25. März 1976

(Stand am 6. September 2007)

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrate des Internationalen Arbeitsamtes nach San Francisco einberufen wurde und am 17. Juni 1948 zu ihrer einunddreissigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge betreffend die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes, eine Frage, die den siebenten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, in der Form eines Übereinkommens anzunehmen.

Davon ausgehend, dass die Präambel zur Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation die «Anerkennung des Grundsatzes der Vereinigungsfreiheit» unter den Mitteln aufzählt, die geeignet sind, die Lage der Arbeitnehmer zu verbessern und den Frieden zu sichern,

dass die Erklärung von Philadelphia erneut bekräftigt hat: «die Freiheit der Meinungsäusserung und die Vereinigungsfreiheit sind unerlässliche Voraussetzungen eines anhaltenden Fortschrittes»,

dass die internationale Arbeitskonferenz auf ihrer dreissigsten Tagung einstimmig die Grundsätze angenommen hat, welche die Grundlage der internationalen Regelung bilden sollen,

dass die allgemeine Versammlung der Vereinten Nationen sich auf ihrer zweiten Tagung diese Grundsätze zu eigen gemacht und die Internationale Arbeitsorganisation ersucht hat, weiterhin alles zu tun, um die Annahme eines oder mehrerer internationaler Übereinkommen zu ermöglichen,

nimmt die Konferenz heute, am 9. Juli 1948, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes, 1948, bezeichnet wird.

AS 1976 689; BBl 1974 I 1633

¹ Der französische Originaltext findet sich unter der gleichen Nummer in der entsprechenden Ausgabe dieser Sammlung.

² Art. 1 Abs. 1 Bst. a des BB vom 26. Nov. 1974 (AS 1976 687)

Teil I: Vereinigungsfreiheit

Art. 1

Jedes Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation, für das dieses Übereinkommen in Kraft ist, verpflichtet sich, die folgenden Bestimmungen zur Anwendung zu bringen.

Art. 2

Die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber ohne jeden Unterschied haben das Recht, ohne vorherige Genehmigung Organisationen nach eigener Wahl zu bilden und solchen Organisationen beizutreten, wobei lediglich die Bedingung gilt, dass sie deren Satzungen einhalten.

Art. 3

1. Die Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber haben das Recht, sich Satzungen und Geschäftsordnungen zu geben, ihre Vertreter frei zu wählen, ihre Geschäftsführung und Tätigkeit zu regeln und ihr Programm aufzustellen.

2. Die Behörden haben sich jedes Eingriffes zu enthalten, der geeignet wäre, dieses Recht zu beschränken oder dessen rechtmässige Ausübung zu behindern.

Art. 4

Die Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber dürfen im Verwaltungswege weder aufgelöst noch zeitweilig eingestellt werden.

Art. 5

Die Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber sind berechtigt, Verbände und Zentralverbände zu bilden und sich solchen anzuschliessen. Die Organisationen, Verbände und Zentralverbände haben das Recht, sich internationalen Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber anzuschliessen.

Art. 6

Bestimmungen der Artikel 2, 3 und 4 finden auf die Verbände und Zentralverbände von Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber Anwendung.

Art. 7

Der Erwerb der Rechtspersönlichkeit durch Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, ihre Verbände und Zentralverbände darf nicht an Bedingungen geknüpft werden, die geeignet sind, die Anwendung der Bestimmungen der Artikel 2, 3 und 4 zu beeinträchtigen.

Art. 8

1. Die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber und ihre Organisationen haben sich gleich anderen Personen und organisierten Gemeinschaften bei Ausübung der ihnen durch dieses Übereinkommen zuerkannten Rechte an die Gesetze zu halten.
2. Die in diesem Übereinkommen vorgesehenen Rechte dürfen weder durch die Gesetzgebung noch durch die Art ihrer Anwendung geschmälert werden.

Art. 9

1. Die Gesetzgebung bestimmt, inwieweit die in diesem Übereinkommen vorgesehenen Rechte auf das Heer und die Polizei Anwendung finden.
2. Die Ratifikation dieses Übereinkommens durch ein Mitglied lässt bereits bestehende Gesetze, Entscheidungen, Gewohnheiten oder Vereinbarungen, die den Angehörigen des Heeres und der Polizei irgendwelche in diesem Übereinkommen vorgesehene Rechte einräumen, gemäss dem Grundsatz des Artikels 19 Absatz 8 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation³ unberührt.

Art. 10

In diesem Übereinkommen bezeichnet der Ausdruck «Organisation» jede Organisation von Arbeitnehmern oder von Arbeitgebern, welche die Förderung und den Schutz der Interessen der Arbeitnehmer oder der Arbeitgeber zum Ziele hat.

**Teil II :
Schutz des Vereinigungsrechtes****Art. 11**

Jedes Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation, für das dieses Übereinkommen in Kraft ist, verpflichtet sich, alle erforderlichen und geeigneten Massnahmen zu treffen, um den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern die freie Ausübung des Vereinigungsrechtes zu gewährleisten.

**Teil III:
Verschiedene Bestimmungen****Art. 12**

1. Für die in Artikel 35 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation⁴ in der Fassung der Abänderungsurkunde von 1946 bezeichneten Gebiete, mit Ausnahme der Gebiete nach den Absätzen 4 und 5 des genannten Artikels in seiner neuen Fassung, hat jedes Mitglied der Organisation, das dieses Übereinkommen ratifiziert,

³ SR 0.820.1

⁴ SR 0.820.1

dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes mit seiner Ratifikation oder so bald wie möglich nach der Ratifikation eine Erklärung zu übermitteln, welche die Gebiete bekanntgibt.

- a) für die es die Verpflichtung zur unveränderten Durchführung des Übereinkommens übernimmt,
- b) für die es die Verpflichtung zur Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens mit Abweichungen übernimmt, unter Angabe der Einzelheiten dieser Abweichungen,
- c) in denen das Übereinkommen nicht durchgeführt werden kann, und in diesem Falle die Gründe dafür,
- d) für die es sich die Entscheidung vorbehält.

2. Die Verpflichtungen nach Ziffer 1 Buchstaben a und b dieses Artikels gelten als wesentlicher Bestandteil der Ratifikation und haben die Wirkung einer solchen.

3. Jedes Mitglied kann die in der ursprünglichen Erklärung nach Ziffer 1 Buchstaben b, c und d dieses Artikels mitgeteilten Vorbehalte jederzeit durch eine spätere Erklärung ganz oder teilweise zurückziehen.

4. Jedes Mitglied kann dem Generaldirektor zu jedem Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach Artikel 16 gekündigt werden kann, eine Erklärung übermitteln, durch die der Inhalt jeder früheren Erklärung in sonstiger Weise abgeändert und die in dem betreffenden Zeitpunkt in bestimmten Gebieten bestehende Lage angegeben wird.

Art. 13

1. Fällt der Gegenstand dieses Übereinkommens unter die Selbstregierungsbefugnisse eines ausserhalb des Mutterlandes gelegenen Gebietes, so kann das für die internationalen Beziehungen dieses Gebietes verantwortliche Mitglied im Benehmen mit dessen Regierung dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes eine Erklärung übermitteln, durch die es die Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen im Namen des betreffenden Gebietes übernimmt.

2. Eine Erklärung betreffend die Übernahme der Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen kann dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt werden

- a) von zwei oder mehr Mitgliedern der Organisation für ein ihnen gemeinsam unterstelltes Gebiet,
- b) von jeder nach der Charta der Vereinten Nationen⁵ oder auf Grund einer anderen Bestimmung für die Verwaltung eines Gebietes verantwortlichen internationalen Behörde, und zwar für das betreffende Gebiet.

3. In den dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes nach den vorstehenden Absätzen dieses Artikels übermittelten Erklärungen ist anzugeben, ob das Übereinkommen in dem betreffenden Gebiete mit oder ohne Abweichungen durch-

⁵ SR 0.120

geführt wird; teilt die Erklärung mit, dass die Durchführung des Übereinkommens mit Abweichungen erfolgt, so sind die Einzelheiten dieser Abweichungen anzugeben.

4. Das beteiligte Mitglied, die beteiligten Mitglieder oder die beteiligte internationale Behörde können jederzeit durch eine spätere Erklärung auf das Recht der Inanspruchnahme jeder in einer früheren Erklärung mitgeteilten Abweichung ganz oder teilweise verzichten.

5. Das beteiligte Mitglied, die beteiligten Mitglieder oder die beteiligte internationale Behörde können dem Generaldirektor zu jedem Zeitpunkt, in dem dieses Übereinkommen gemäss Artikel 16 gekündigt werden kann, eine Erklärung übermitteln, durch die der Inhalt jeder früheren Erklärung in sonstiger Weise abgeändert und die in dem betreffenden Zeitpunkt bestehende Lage in Bezug auf die Durchführung dieses Übereinkommens angegeben wird.

Teil IV: Schlussbestimmungen

Art. 14

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Art. 15

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.
2. Es tritt in Kraft zwölf Monate, nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.
3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Art. 16

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum ersten Mal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.
2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatze genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrechte keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Massgabe dieses Artikels kündigen.

Art. 17

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen, Erklärungen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.
2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Art. 18

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen⁶ vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Massgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen, Erklärungen und Kündigungen.

Art. 19

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens jeweils bei Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und darüber zu entscheiden, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Art. 20

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:
 - a) Die Ratifikation des neugefassten Übereinkommens durch ein Mitglied schliesst ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich, ohne Rücksicht auf Artikel 16; Voraussetzung ist dabei, dass das neugefasste Übereinkommen in Kraft getreten ist.
 - b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neugefassten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.
2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefasste Übereinkommen ratifiziert haben.

⁶ SR 0.120

Art. 21

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise massgebend.

Geltungsbereich des Übereinkommens am 6. September 2007⁷

Vertragsstaaten	Ratifikation Nachfolgeerklärung (N)		Inkrafttreten	
Ägypten	6. November	1957	6. November	1958
Albanien	3. Juni	1957	3. Juni	1958
Algerien	19. Oktober	1962 N	19. Oktober	1962
Angola	13. Juni	2001	13. Juni	2002
Antigua und Barbuda	2. Februar	1983 N	2. Februar	1983
Äquatorialguinea	13. August	2001	13. August	2002
Argentinien	18. Januar	1960	18. Januar	1961
Armenien	2. Januar	2006	2. Januar	2007
Aserbaidshjan	19. Mai	1992 N	19. Mai	1992
Äthiopien	4. Juni	1963	4. Juni	1964
Australien	28. Februar	1973	28. Februar	1974
Norfolk-Insel	15. Juni	1973	28. Februar	1974
Bahamas	14. Juni	2001	14. Juni	2002
Bangladesch	22. Juni	1972 N	22. Juni	1972
Barbados	8. Mai	1967 N	8. Mai	1967
Belarus	6. November	1956	6. November	1957
Belgien	23. Oktober	1951	23. Oktober	1952
Belize	15. Dezember	1983 N	15. Dezember	1983
Benin	12. Dezember	1960 N	12. Dezember	1960
Bolivien	4. Januar	1965	4. Januar	1966
Bosnien und Herzegowina	2. Juni	1993 N	2. Juni	1993
Botsuana	22. Dezember	1997	22. Dezember	1998
Bulgarien	8. Juni	1959	8. Juni	1960
Burkina Faso	21. November	1960 N	21. November	1960
Burundi	25. Juni	1993	25. Juni	1994
Chile	1. Februar	1999	1. Februar	2000
China				
Hongkong ^a	6. Juni	1997	1. Juli	1997
Costa Rica	2. Juni	1960	2. Juni	1961
Côte d'Ivoire	21. November	1960 N	21. November	1960
Dänemark	13. Juni	1951	13. Juni	1952
Färöer	28. September	1960	28. September	1960
Grönland	31. Mai	1954	31. Mai	1954
Deutschland	20. März	1957	20. März	1958
Dominica	28. Februar	1983 N	28. Februar	1983
Dominikanische Republik	5. Dezember	1956	5. Dezember	1957
Dschibuti	3. August	1978 N	3. August	1978
Ecuador	29. Mai	1967	29. Mai	1968
El Salvador	6. September	2006	6. September	2007
Eritrea	22. Februar	2000	22. Februar	2001

⁷ Eine aktualisierte Fassung des Geltungsbereiches findet sich auf der Internetseite des EDA (<http://www.eda.admin.ch/eda/de/home/topics/intla/intrea/dbstv.html>).

Vertragsstaaten	Ratifikation Nachfolgeerklärung (N)		Inkrafttreten	
Estland	22. März	1994	22. März	1995
Fidschi	17. April	2002	17. April	2003
Finnland	20. Januar	1950	20. Januar	1951
Frankreich	28. Juni	1951	28. Juni	1952
Französisch Guyana	27. April	1955	27. April	1955
Französisch Polynesien	19. März	1954	19. März	1954
Französische Süd- und Antarktisgebiete	13. März	1990	13. März	1990
Guadeloupe	27. April	1955	27. April	1955
Martinique	27. April	1955	27. April	1955
Neukaledonien	19. März	1954	19. März	1954
Réunion	27. April	1955	27. April	1955
St. Pierre und Miquelon	19. März	1954	19. März	1954
Gabun	14. Oktober	1960 N	14. Oktober	1960
Gambia	4. September	2000	4. September	2001
Georgien	3. August	1999	3. August	2000
Ghana	2. Juni	1965	2. Juni	1966
Grenada	25. Oktober	1994	25. Oktober	1995
Griechenland	30. März	1962	30. März	1963
Guatemala	13. Februar	1952	13. Februar	1953
Guinea	21. Januar	1959 N	21. Januar	1959
Guyana	25. September	1967	25. September	1968
Haiti	5. Juni	1979	5. Juni	1980
Honduras	27. Juni	1956	27. Juni	1957
Indonesien	9. Juni	1998	9. Juni	1999
Irland	4. Juni	1955	4. Juni	1956
Island	19. August	1950	19. August	1951
Israel	28. Januar	1957	28. Januar	1958
Italien	13. Mai	1958	13. Mai	1959
Jamaika	26. Dezember	1962 N	26. Dezember	1962
Japan	14. Juni	1965	14. Juni	1966
Jemen	29. Juli	1976	29. Juli	1977
Kambodscha	23. August	1999	23. August	2000
Kamerun	3. September	1962 N	3. September	1962
Kanada	23. März	1972	23. März	1973
Kap Verde	1. Februar	1999	1. Februar	2000
Kasachstan	13. Dezember	2000	13. Dezember	2001
Kirgisistan	31. März	1992 N	31. März	1992
Kiribati	3. Februar	2000 N	3. Februar	2000
Kolumbien	16. November	1976	16. November	1977
Komoren	23. Oktober	1978 N	23. Oktober	1978
Kongo (Brazzaville)	10. November	1960 N	10. November	1960
Kongo (Kinshasa)	20. Juni	2001	20. Juni	2002
Kroatien	8. Oktober	1991 N	8. Oktober	1991
Kuba	25. Juni	1952	25. Juni	1953

Vertragsstaaten	Ratifikation Nachfolgeerklärung (N)		Inkrafttreten	
Kuwait	21. September	1961	21. September	1962
Lesotho*	31. Oktober	1966 N	31. Oktober	1966
Lettland	27. Januar	1992	27. Januar	1993
Liberia	25. Mai	1962	25. Mai	1963
Libyen	4. Oktober	2000	4. Oktober	2001
Litauen	26. September	1994	26. September	1995
Luxemburg	3. März	1958	3. März	1959
Madagaskar	1. November	1960 N	1. November	1960
Malawi	19. November	1999	19. November	2000
Mali	22. September	1960 N	22. September	1960
Malta	4. Januar	1965	4. Januar	1966
Mauretaniien	20. Juni	1961 N	20. Juni	1961
Mauritius	1. April	2005	1. April	2006
Mazedonien	17. November	1991 N	17. November	1991
Mexiko	1. April	1950	1. April	1951
Moldau	12. August	1996	12. August	1997
Mongolei	3. Juni	1969	3. Juni	1970
Montenegro	3. Juni	2006 N	3. Juni	2006
Mosambik	23. Dezember	1996	23. Dezember	1997
Myanmar	4. März	1955	4. März	1956
Namibia	3. Januar	1995	3. Januar	1996
Nicaragua	31. Oktober	1967	31. Oktober	1968
Niederlande	7. März	1950	7. März	1951
Aruba ^b	1. Januar	1986	1. Januar	1986
Niederländische Antillen	25. Juni	1951	25. Juni	1951
Niger	27. Februar	1961 N	27. Februar	1961
Nigeria	17. Oktober	1960 N	17. Oktober	1960
Norwegen	4. Juli	1949	4. Juli	1950
Österreich	18. Oktober	1950	18. Oktober	1951
Pakistan	14. Februar	1951	14. Februar	1952
Panama	3. Juni	1958	3. Juni	1959
Papua-Neuguinea	2. Juni	2000	2. Juni	2001
Paraguay	28. Juni	1962	28. Juni	1963
Peru	2. März	1960	2. März	1961
Philippinen	29. Dezember	1953	29. Dezember	1954
Polen	25. Februar	1957	25. Februar	1958
Portugal	14. Oktober	1977	14. Oktober	1978
Ruanda	8. November	1988	8. November	1989
Rumänien	28. Mai	1957	28. Mai	1958
Russland	10. August	1956	10. August	1957
Sambia	2. September	1996	2. September	1997
San Marino	19. Dezember	1986	19. Dezember	1987
São Tomé und Príncipe	17. Juni	1992	17. Juni	1993
Schweden	25. November	1949	25. November	1950
Schweiz	25. März	1975	25. März	1976

Vertragsstaaten	Ratifikation Nachfolgeerklärung (N)		Inkrafttreten	
Senegal	4. November	1960 N	4. November	1960
Serbien	24. November	2000 N	23. Juli	1959
Seychellen	6. Februar	1978 N	6. Februar	1978
Sierra Leone	15. Juni	1961	15. Juni	1962
Simbabwe	9. April	2003	9. April	2004
Slowakei	1. Januar	1993 N	1. Januar	1993
Slowenien	29. Mai	1992 N	29. Mai	1992
Spanien	20. April	1977	20. April	1978
Sri Lanka	15. September	1995	15. September	1996
St. Kitts und Nevis	25. August	2000	25. August	2001
St. Lucia	14. Mai	1980 N	14. Mai	1980
St. Vincent und die Grenadinen	9. November	2001	9. November	2002
Südafrika	19. Februar	1996	19. Februar	1997
Suriname	15. Juni	1976 N	15. Juni	1976
Swasiland	26. April	1978 N	26. April	1978
Syrien	26. Juli	1960 N	26. Juli	1961
Tadschikistan	26. November	1993 N	26. November	1993
Tansania	18. April	2000	18. April	2001
Togo	7. Juni	1960 N	7. Juni	1960
Trinidad und Tobago	24. Mai	1963 N	24. Mai	1963
Tschad	10. November	1960 N	10. November	1960
Tschechische Republik	1. Januar	1993 N	1. Januar	1993
Tunesien	18. Juni	1957	18. Juni	1958
Türkei	12. Juli	1993	12. Juli	1994
Turkmenistan	15. Mai	1997	15. Mai	1998
Uganda	2. Juni	2006	2. Juni	2007
Ukraine	14. September	1956	14. September	1957
Ungarn	6. Juni	1957	6. Juni	1958
Uruguay	18. März	1954	18. März	1955
Vanuatu	28. August	2006	28. August	2007
Venezuela	20. September	1982	20. September	1983
Vereinigtes Königreich ^c *	27. Juni	1949	4. Juli	1950
Bermudas	10. Januar	1962	10. Januar	1962
Britische Jungferninseln	12. Juni	1964	12. Juni	1964
Falklandinseln	5. Juli	1962	5. Juli	1962
Gibraltar*	19. Juni	1958	19. Juni	1958
Guernsey	27. Juni	1949	4. Juli	1950
Insel Man	27. Juni	1949	4. Juli	1950
Jersey	27. Juni	1949	4. Juli	1950
Montserrat	26. November	1962	26. November	1962
St. Helena*	26. Mai	1966	26. Mai	1966
Zentralafrikanische Republik	27. Oktober	1960 N	27. Oktober	1960

Vertragsstaaten	Ratifikation Nachfolgeerklärung (N)		Inkrafttreten	
Zypern	24. Mai	1966	24. Mai	1967

* Vorbehalte und Erklärungen siehe hiernach.

- a Vom 15. Oktober 1963 bis zum 30. Juni 1997 war das Übereinkommen auf Grund einer Ausdehnungserklärung des Vereinigten Königreichs in Hongkong anwendbar. Seit dem 1. Juli 1997 bildet Hongkong eine Besondere Verwaltungsregion (SAR) der Volksrepublik China. Auf Grund der chinesischen Erklärung vom 6. Juni 1997 ist das Übereinkommen seit dem 1. Juli 1997 auch in der SAR Hongkong anwendbar.
- b Am 1. Januar 1986 erhielt die Insel Aruba, die ein Teil der Niederländischen Antillen war, die innere Autonomie innerhalb des Königreichs der Niederlande. Diese Änderung betrifft nur die internen verfassungsrechtlichen Beziehungen innerhalb des Königreichs der Niederlande.
- c Die Ratifikation gilt nicht für Nordirland.

Vorbehalte und Erklärungen

Gibraltar

Artikel 2 und 3: Es bestehen bestimmte gesetzliche Beschränkungen bezüglich der Funktionen, die Ausländer als Gewerkschaftsmitglieder ausüben können.

Lesotho

Artikel 2: Gefängnisbeamte unterliegen denselben Rechtsvorschriften wie die Polizei.

St. Helena

Artikel 3: Die Mittel einer Gewerkschaft dürfen nur für im innerstaatlichen Recht bestimmte Zwecke verausgabt werden.